

# Einheitsgesellschaft, Medizinkonzept: Zukunft oder Schreckgespenst?



**Alles deutet darauf hin, dass der Senat bald Umstrukturierungen beschließen wird. Diese werden zum einen die Gesellschaftsform der GESUNDHEIT NORD betreffen, zum anderen sollen die medizinischen Schwerpunkte zwischen den vier kommunalen Krankenhäusern neu aufgeteilt werden. Bisher sind noch keine Details vorgestellt worden. Aber schon jetzt lässt sich sagen: Medizinkonzept und Klinikstruktur sollen neben weiterem Personalabbau in den „bettenfernen“ Bereichen die wirtschaftliche Schieflage der städtischen Kliniken - v.a. in MITTE – korrigieren. Sicherlich kein Anlass zur Entwarnung!**

## Einheitsgesellschaft

Die bisherigen Tochtergesellschaften der Holding - Kliniken und GENO - werden nach § 613 a BGB zu einer Einheitsgesellschaft verschmolzen. Die GESELLSCHAFT NORD DIENSTLEISTUNG bleibt außen vor! Ab wann dieser Betriebsübergang gilt, welche Auswirkungen das auf die bestehenden Betriebsvereinbarungen und den Tarifvertrag Personalbinnenmarkt haben wird, steht noch nicht fest.

Wie steht die UNABHÄNGIGE BETRIEBSGRUPPE WIR WEHREN UNS prinzipiell zu dieser Änderung? Diese erfolgt auf dem Boden der grundlegend marktwirtschaftlichen Ausrichtung speziell im Krankenhaussektor. Fallpauschalen steuern den Betrieb in eine grundsätzlich falsche Richtung, bereiten Konkursen den Weg, wenn nicht verlustbringende Behandlungen vermieden und gewinnbringende ausgeweitet werden. Das Wohl der PatientInnen, medizinisch-pflegerische Notwendigkeiten bleiben auf der Strecke. Die völlig unzureichende Finanzierung von Bauten und Investitionen durch die Länder tut ihr Übriges.

Wir verteidigen kommunales Eigentum gegen drohende Privatisierung, weil die Interessen der Bevölkerungsmehrheit am Gesundheitsbereich Grundrechte darstellen! Aber sowohl Holding wie Einheitsgesellschaft verkörpern zwei Formen von staatskapitalistischem Krankenhausbetrieb: beide führen zu schleichendem Bankrott, möglicher Schließung oder Verkauf an Aktienkonzerne.

## Medizinkonzept

Es ist nicht möglich, sich in Details zu verirren, solange keine konkreten Fakten auf dem Tisch liegen. Aber erstens gilt: alle Beschäftigten müssen mehr denn je zusammenhalten! Sie dürfen sich nicht für den Erhalt „ihres“ Standortes gegeneinander aufwiegeln lassen, nicht in Konkurrenz zueinander treten. Keine Spaltung untereinander, sondern Einheit gegen die Pläne von Senat und GENO-Geschäftsführung! Zweitens: ein rationaler Plan für das gesamte Gesundheitswesen muss die auskömmliche Finanzierung und die flächendeckende Versorgung sicherstellen, wird aber nur gegen die chaotische Marktkonkurrenz, unter Kontrolle der Belegschaften und PatientInnen und durch heftige Arbeitskämpfe durchsetzbar sein.

## Offenlegung und Transparenz

Geschäftsführung und Senat müssen auf Betriebsversammlungen Rede und Antwort stehen: WANN soll der Betriebsübergang stattfinden? WIE ernst ist die wirtschaftliche Lage? WELCHE medizinischen Bereiche bleiben bestehen, WELCHE werden verlagert? WAS bedeutet das für die Personalplanung? WAS für die Löhne und Arbeitsbedingungen?

## **Notlagentarif?**

Die Geschäftsführung und auch der Senat verkünden bislang, dass sie keinen Notlagentarifvertrag anstreben und die kommunale Trägerschaft erhalten wollen. Doch was, wenn der Klinikverbund weiterhin rote Zahlen schreiben muss, allein um den Neubau abzustottern? Die Gewerkschaften Ver.di und Marburger Bund weisen darauf hin, dass zuerst der gültige Tarifvertrag gekündigt werden müsste, was dann für einen begrenzten Zeitraum bis zu 7% Abschlüsse zur Folge hätte. Doch das Defizit würde dadurch nicht getilgt. Die roten Zahlen werden also auch durch einen Notlagentarif nicht verschwinden! Wenn diese drastischen Einschnitte aber eine Insolvenz nicht abwenden können, müssen wir gar mit Schlimmerem rechnen? Z.B. einem Hausvertrag mit Niedriglöhnen wie bei den meisten nichtkommunalen Trägern? Alle KollegInnen sind zur verstärkten Wachsamkeit aufgerufen. An ihrer Seite müssen alle Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre stehen.

## **Zwei falsche Seiten einer Medaille**

Doch wie reagieren diese auf die drohende Gefahr? Sie wollen alle zu Recht eine juristische Klärung. Doch oben genannte Betriebsvereinbarungen und der Personalbinnenmarkttarif laufen Ende 2015 aus.

Die überwältigende Mehrheit der Betriebsräte gibt jetzt die Parole aus: keine Panik! Der BR des LdW sieht sein Heil dagegen in der Ablehnung der Einheitsgesellschaft. Bleibt es bei der Selbstständigkeit „seines“ Hauses, sei ein Notlagentarif schwerer durchzusetzen, weil das LdW noch schwarze Zahlen schreibe. Was aber, wenn auch das LdW in die Minuszone rutscht? Wäre dann ein Notlagentarif angebracht? Und: ist das Schicksal der Beschäftigten in den defizitären GENO-Krankenhäusern ihm etwa gleichgültig?

Beide Lager eint aber etwas ganz Wesentliches: dass sie sich und das von ihnen vertretene Personal an das betriebswirtschaftliche Wohl und Weh' „ihrer“ Häuser auf dem Gesundheitsmarkt binden. Ihre einzigen „Waffen“: abwarten, hoffen und schiedlich-friedlich mit dem Arbeit„geber“ verhandeln! Auf der Strecke bleibt das gemeinsame Interesse ALLER Beschäftigten an der Abwehr der zu erwartenden Angriffe.

## **Einheit von unten: Gegen Schulterschluss mit Unternehmern und Senat! Wachsamkeit und Kampfbereitschaft statt Abwarten und Vertrauen!**

Eine Einheitsgesellschaft oder -betrieb bieten gegenüber dem jetzigen Holdingmodell immerhin den Vorteil, dass das gesamte Personal einem einzelnen Unternehmen gegenübersteht und sich zusammenschließen muss. Um dieses Potenzial auch zu nutzen, fordern wir:

- Kein Vertrauen in Arbeit„geber“ und Senat!
- Gemeinsame Versammlungen aller Betriebsräte, Vertrauensleute und Belegschaften in den Kliniken, der Zentrale und der GND!
- Volle Wiedereingliederung der GND und Bezahlung nach TvÖD!
- Volle Transparenz über die Folgen der Betriebsverschmelzung in allen Aspekten: Gehälter, Personalbemessung, Arbeitsorganisation, Verlagerungen, Medizinkonzept!
- Kein weiterer Personalabbau! Für Personalbemessungskennziffern!
- Kein Notlagentarifvertrag!
- Volle Durchsetzung der Forderungen in der aktuellen TvÖD-Lohn- und Gehaltstarifrunde 2014 - nötigenfalls mittels Streik!
- Volle Offenlegung der Umstrukturierungspläne und Bilanzen!
- Kein Medizinkonzept ohne unsere Zustimmung!
- Übernahme aller Investitionskosten durch das Land Bremen!
- Für eine linke, kämpferische Basisopposition in Betrieb und Gewerkschaft!

**Die UBG/WWU trifft sich jeden 2. Mittwoch im Monat um 16 Uhr in der Roonstr. 71.**